

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**
Zl. 10.000/29-Parl/83

II-355 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Wien, am 3. September 1983

An die
Parlamentsdirektion

129/AB

1983 -09- 05

Parlament
1017 W i e n

zu **145/J**

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 145/J-NR/83, betreffend Beschäftigungsprobleme von Lehrern, die die Abgeordneten BAYR und Genossen vom 8. Juli 1983 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Am Ende des Schuljahres 1982/83 haben an den Pädagogischen Akademien insgesamt 975 Kandidaten die Lehramtsprüfung für Volksschulen, 977 Kandidaten die Lehramtsprüfung für Hauptschulen und 211 Kandidaten die für Sonderschulen und Polytechnische Lehrgänge abgelegt.

Die Einstellung von Pflichtschullehrern ist gem. Art. 14 Abs. 2 des BVG Angelegenheit der Länder. Generell kann gesagt werden, daß Absolventen der Hauptschullehrerausbildung wesentlich bessere Chancen haben als jene der Volksschullehrerausbildung. Da die Personalaufnahmen in den Ländern laufend erfolgen, kann derzeit nicht gesagt werden, welche Aufnahmewerber tatsächlich unterkommen werden.

Gerade in den letzten Jahren wurde sehr häufig die Befürchtung geäußert, daß die Absolventen der Pädagogischen Akademien nicht oder nur zu einem geringen Teil in den Schuldienst aufgenommen werden können. Unterstützt wurde diese Befürchtung noch durch die rückläufigen Schülerzahlen. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß in der Regel alle Bewerber, wenn schon nicht zu

- 2 -

Beginn des Schuljahres, so doch im Laufe des Schuljahres oder zu Beginn des nächsten Schuljahres - besonders was den Volksschulbereich betrifft - eingestellt werden konnten. Wenngleich die Einstellung anfänglich nur befristet für auf Präsenzdienst oder im Mutterschutzkarenzurlaub befindliche Lehrer erfolgte, konnten doch - soweit dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst bekannt - diese Dienstverhältnisse in der Regel in unbefristete vertragliche bzw. pragmatische Dienstverhältnisse umgewandelt werden. Der Rückgang der Schülerzahl hat in diesen Fällen nicht zu einem analogen Rückgang der Klassenzahlen geführt, sodaß auch trotz dieses Umstandes Lehrer eingestellt werden konnten.

ad 2)

Die Anstellungschancen der Lehramtskandidaten im Planstellenbereich der allgemeinbildenden höheren Schulen mit Beginn des Schuljahres 1983/84 können noch als relativ gut bezeichnet werden. Da Anstellungen von Neubewerbern dzt. noch vorgenommen werden, aber bei weitem noch nicht abgeschlossen sind, wird das endgültige Ergebnis erst im Oktober 1983 vorliegen. Im Bereich der Abteilung II (AHS) des Stadtschulrates für Wien z.B. konnten bis 20. Juli 83 von 722 vollgeprüften Stellengesuchen bisher 546 positiv berücksichtigt werden, allerdings zum Großteil nur unter Zuweisung einer Teillehrverpflichtung. 176 Bewerbungen mußten vorläufig abgelehnt werden. Die nicht berücksichtigten Kandidaten sind für folgende Unterrichtsgegenstände geprüft: Deutsch 21, Englisch 15, Italienisch 4, Französisch 19, Geschichte 16, Geographie 2, Biologie 15, Chemie 3, Physik 5, Mathematik 5, Philosophie 6 u.a. Im Bereiche des Landesschulrates für Niederösterreich konnten bis zum Stichtag von 213 Bewerbungen vollgeprüfter Kandidaten 107 positiv berücksichtigt werden, 70 stehen auf einer Warteliste, 40 sind wegen ihrer Prüfungsfächer keinesfalls unterbringbar.

- 3 -

In allen Bundesländer, ausgenommen Wien, besteht das Problem, daß vollgeprüfte Bewerber nicht bereit sind, bestimmte Stellen, die ihnen angeboten werden, anzunehmen. Dazu zählen vor allem Lehrerstellen in Schulstädten in der Nähe der Staatsgrenze und in größerer Entfernung von der Landeshauptstadt.

ad 3)

Um die ansteigende Lehrerarbeitslosigkeit zu mildern, werde ich gemeinsam mit den Amtsführenden Präsidenten der Landes-
schulräte schrittweise die Überstunden der Lehrer abbauen, damit Junglehrer angestellt werden können. Diese Aktion läuft bereits zu Beginn des Schuljahres 1983/84 an.

ad 4)

Von den von Ihnen unter Punkt 4 vorgeschlagenen Maßnahmen ist die unter lit. a erwähnte Schaffung einer Lehrerreserve von 10 % der Planstellen wegen der damit verbundenen Kosten nicht möglich. Die unter lit d verlangte Ermöglichung der Teilzeitbeschäftigung für pragmatisierte Lehrer muß vom gesamten Bundesdienst her gesehen werden. Die unter lit. c angestrebte Verbesserung der Beratung über die Berufsaussichten von Lehrern müßte in erster Linie von der Studienberatung der Erstsemestrigen an den Universitäten wahrgenommen werden. An den Pädagogischen Akademien wird seit Jahren eindringlich auf die schlechten Anstellungsaussichten hingewiesen. Der Zustrom hält aber trotz Warnungen weiter an. Hinsichtlich der Anzahl der pro Klasse anzubietenden wöchentlichen Unterrichtsstunden, wie unter lit. b gefordert, werde ich mich um die Schaffung der hierfür notwendigen finanziellen Voraussetzungen bemühen.

